

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach



Stand: 30.06.2008

1. Ausgangssituation

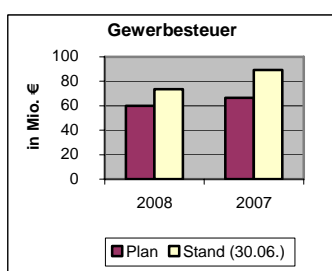
Die vom Gemeinderat am 20.12.2007 beschlossene Haushaltssatzung 2008 wurde am 23.01.2008 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 04.02.2008 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

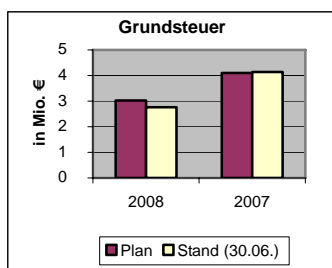
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Einnahmen

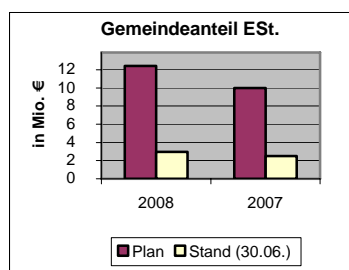


Wie bereits in den Vorjahren übersteigen im ersten Halbjahr 2008 die Einnahmen bei der **Gewerbsteuer** den Haushaltsansatz erneut deutlich. Das Gewerbesteueraufkommen liegt zur Jahresmitte rund 13,45 Mio. € über dem Planansatz von 60,00 Mio. €. Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 14,47 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 58,98 Mio. €. Anträge auf Herabsetzungen von Vorauszahlungen aufgrund der seit dem 01.01.2008 in Kraft getretenen Unternehmensteuerreform sind bisher noch nicht eingegangen.

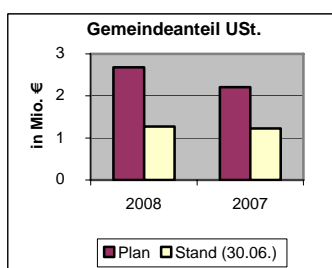


Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** ist planmäßig. Die **Grundsteuer B** weist derzeit Wenigereinnahmen von rd. 259.000 € aus. Teilweise stehen jedoch noch Neu- und Nachveranlagungen aus, so dass der Planansatz zum Jahresende voraussichtlich erreicht werden kann.

Die übrigen Steuereinnahmen (Hundesteuer) verlaufen ebenfalls weitgehend planmäßig. Lediglich bei der **Vergnügungssteuer** ist mit deutlichen Mehreinnahmen zu rechnen, weil die Besteuerung bei manchen Spielgeräten rechtlich noch immer umstritten ist und der Planansatz daher und auch im Hinblick auf eine bevorstehende Satzungsänderung für das Jahr 2008 bewusst vorsichtig angesetzt wurde. Daran ändern auch die rückwirkend beschlossenen Entlastungen nicht viel.



Die Mai-Steuerschätzung hat eine Anhebung des **Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer** gebracht. Das Land geht nunmehr von einem Aufkommen von 4,35 Mrd. € aus. Bei der Haushaltsplanung 2008 hat die Stadt 4,10 Mrd. € zugrunde gelegt. Dies hat Mehreinnahmen von rund 760.000 € zur Folge.



Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** rechnen wir aufgrund der Mai-Steuerschätzung mit Wenigereinnahmen von rd. 110.000 €. Die voraussichtlichen Wenigereinnahmen beim **Familienleistungsausgleich** werden durch Mehreinnahmen bei den **Schlüsselzuweisungen** kompensiert. Die **Sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen plangemäß.

Die **Gebühren und Entgelte** liegen größtenteils im Plan. Lediglich bei den Parkgebühren kann mit leichten Mehreinnahmen gerechnet werden.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** für die städtischen Gebäude wird von einem weitgehend planmäßigen Verlauf ausgegangen. Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

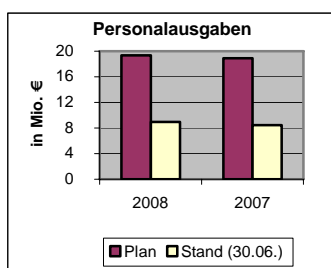
Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen nach den aktuellen Schülerzahlen. Die Pro-Kopf-Beträge für das Jahr 2008 sind mit Ausnahme der Grundschulförderklasse bei allen Schularten höher als geplant; dennoch sind keine nennenswerten Mehreinnahmen zu erwarten, weil diese über die rückläufigen Schülerzahlen fast kompensiert werden.

Aufgrund der weitgehend positiven Einnahmeentwicklung wird bei den **Zinsen aus Geldanlagen** gegenüber der Planung ein verbessertes Ergebnis erwartet. Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde. Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen aufgrund von Mehreinnahmen beim Strom leicht über der Planung.

Bei den weiteren Finanzeinnahmen sind bei den **Bußgeldern** aufgrund von vorübergehend unbesetzten Stellen im Ordnungsamt Wenigereinnahmen von rund 75.000 € zu erwarten. Außerdem liegen die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer derzeit um rund 226.000 € unter dem Planansatz. Gleichzeitig liegen die Erstattungsinsen mit rund 124.000 € über der Planung und führen somit zu Mehrausgaben.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

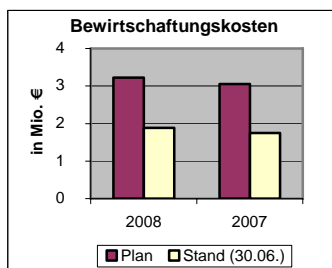
2.1.2 Ausgaben



Bei den **Personalausgaben** geht das Hauptamt auf der Basis der Hochrechnung vom Mai davon aus, dass die Planung aufgrund des deutlich höheren Tarifabschlusses um rund 100.000 € überschritten wird und somit die geplante Minderausgaben für die Personalkosten in Höhe von 150.000 € nicht erreicht werden kann. Im Ergebnis führt das dann zu Mehrausgaben von 100.000 €.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten. In den Planansätzen für 2008 sind sowohl die Rückstellungen für Altersteilzeit als auch die Pensions- und Beihilferückstellungen berücksichtigt, allerdings liegen für das Jahr 2008 noch keine Hochrechnungen über die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen vor. Diese Zahlen werden erst am Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband ermittelt.

Die Umsetzung der für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** geplanten Maßnahmen verläuft weitgehend planmäßig.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 58,39 % (Vorjahr: 57,33 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Amtes für Gebäudemanagement werden die Bewirtschaftungskosten mit Ausnahme der Heizkosten im Rahmen der Planung liegen. Bei den Heizkosten ist mit Mehrausgaben zu rechnen, da die eing geplante Preissteigerung für Gas von 8 % für das Jahr 2008 nicht ausreichen wird. Dagegen stehen allerdings geringere Aufwendungen für die neue Heizungsanlage bei den Gymnasien.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 16,44 % (Vorjahr: 22,53 %) bewirtschaftet. Nachdem die Endabrechnung des Straßenentwässerungskostenanteils für 2007 erst nach Fertigstellung des Jahresabschlusses 2007 erfolgt ist, belastet die Schlusszahlung für 2007 das aktuelle Haushaltsjahr mit rund 183.000 € zusätzlich.

Der vorsorglich eingestellte Haushaltsansatz für mögliche **Ausgabeaufschläge** beim Kauf von Wertpapieren wurde bisher noch nicht benötigt.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich für die **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von 2,65 Mio. € ab. Dagegen kann bei der **Kreisumlage** von einem plangemäßen Verlauf ausgegangen werden.

Bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land sind etwas geringere Ausgaben zu erwarten.

Im Verwaltungshaushalt wurden insgesamt 169.682 € (Vorjahr: 86.037 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Die haushaltmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

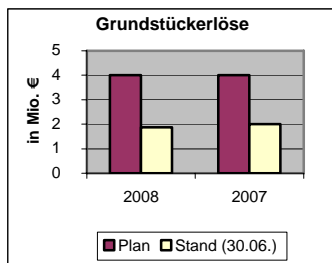
Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 60,26 % (Vorjahr: 63,61 %) und auf der Ausgabenseite zu 45,88 % (Vorjahr 44,52 %) bewirtschaftet. Aus dem Jahr 2007 konnten Mittel in Höhe von 289.594,95 € übertragen werden (Vorjahr: 339.146,42 €). Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt daher im Rahmen der Planung.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitgehend planmäßig.



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 46,74 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet. Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes wird der Planansatz zum Jahresende wohl erreicht werden können.

Die **Erschließungsbeiträge** deuten bei einem Bewirtschaftungsstand von 107,30 % (Vorjahr: 83,56 %) auf Mehreinnahmen hin. Bei den **Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen** sind bereits 63,41% des Planansatzes eingegangen. Dagegen liegen die **Ablösebeiträge** für Kfz-Stellplätze im Moment nur bei 12,50 %.

Bei den **Zuschüssen** vom Bund bzw. Land für Schulbaumaßnahmen zeichnen sich wie bereits im Vorjahr keine Veränderungen ab. Die eingeplanten Landeszuschüsse für den Klassentrakt beim Wieland-Gymnasium sowie für die Sanierung der Pflugschule sind noch nicht bewilligt. Hier zeichnet sich erst im 3. Quartal ab, ob noch dieses Jahr Zuschüsse bewilligt werden oder ob die Maßnahmen teilweise vorfinanziert werden müssen. Bei den Schulen stehen derzeit insgesamt noch 6 Mio. € an Zuweisungen aus.

Beim Zuschuss des Landes für die Sanierung Östliche Innenstadt sind im ersten Halbjahr rund 544.000 € eingegangen; somit stehen hier noch 754.000 € aus. Auch hier besteht erst im 3. Quartal Klarheit.

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Beim **Grunderwerb** sind aktuell 15,56 % bewirtschaftet. Nach Aussage des Liegenschaftsamtes ist die Planung 2008 so bemessen, dass die erforderlichen Grundstückskäufe getätigt werden können.

Für die geplante **Eigenkapitalerhöhung** bei den Stadtwerken wurden bisher 4,23 Mio. € ausgegeben. Die endgültige Höhe der Eigenkapitalerhöhung ist abhängig von der finanziellen Entwicklung der Stadtwerke einerseits und den Baukosten für die geplanten Vorhaben andererseits.

Auch die **Baumaßnahmen** verlaufen weitgehend planmäßig. Für den Ausbau der Wolfgangstraße wurden vom Bauausschuss 90.000 € außerplanmäßig bewilligt (Dr. Nr. 122/2008).

Für die Stellplatzanlage Zeppelinring/Neherstraße wurden 50.000 € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 91/2008). Durch die Bewirtschaftung des Parkplatzes fließen die Einnahmen zeitversetzt wieder an die Stadt zurück.

Zur Deckung der Mehrausgaben bei der Umgestaltung der Martin-Luther-Straße (Dr. Nr. 65/2008) wurden Mittel in Höhe von 20.000 € aus dem Neubaugebiet Gaisental/Banaterstraße umgeschichtet.

Für die restlichen im Jahr 2008 anstehenden Baumaßnahmen sind die Planansätze nach derzeitigem Erkenntnisstand insgesamt jedoch ausreichend bemessen.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt bisher 439.147 € (Vorjahr: 364.743 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 200.000 € auf die formelle Unterdeckung bei der Maßnahme Radweg Saulgauer Straße (Dr. Nr. 80/2008), 90.000 € auf den Ausbau der Wolfgangstraße und 50.000 € auf die Realisierung der Stellplatzanlage Zeppelinring/Neherstraße. Die haushaltsmäßigen Deckungen waren jeweils nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen angelegt werden.

4. Zusammenfassung, Ergebnis

Die anhaltend positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer in Biberach führt dazu, dass die Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen kompensiert werden können und darüber hinaus die geplante umgekehrte Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt verringert werden kann. Die gute konjunkturelle Entwicklung trägt ein Übriges hierzu bei.

Im Vermögenshaushalt gehen wir davon aus, dass mögliche Zuschussausfälle durch geringere Bauausgaben und über die geringere Zuführung an den Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden können. Im Übrigen hoffen wir, nachdem keine negativen Tendenzen erkennbar sind, auf einen weitgehend planmäßigen Verlauf, so dass eine Reduzierung der Rücklagenentnahme derzeit möglich erscheint.

Insgesamt kann damit die Haushaltslage für das Jahr 2008 positiv eingeschätzt werden.

5. Änderungen für die mittelfristige Finanzplanung

Von den Ämtern wurden uns, abgesehen von den bereits dargestellten Maßnahmen, bislang keine wesentlichen Änderungen zur mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt.

Insgesamt betrachtet ist mit nachhaltig höheren Kosten für die Qualitätssteigerungen im Kindergartenbereich zu rechnen. Hinzu kommen zusätzliche Kosten für den weiteren Ausbau der Ganztagesangebote an verschiedenen Schulen.

Weiterhin ungewiss bleibt auch die Entwicklung auf dem Energiemarkt und die damit verbundenen Preiserhöhungen, insbesondere

für Gas. Hier sind wir von den Entwicklungen am Weltmarkt abhängig.

Außerdem führt der Tarifabschluss aus dem Frühjahr 2008 auch im Jahr 2009 nochmals zu einer Entgelterhöhung bei den Beschäftigten und somit zu einer Erhöhung der Personalkosten.

Im Übrigen lässt die anhaltend gute Konjunktur und die stabile Situation der Weltwirtschaft hoffen, dass die positive Einschätzung des Jahres 2008 auch noch im kommenden Haushaltsjahr anhält und somit die Gewerbesteuereinnahmen weiterhin stabil bleiben. Allerdings werden im Jahr 2009 auch die negativen Auswirkungen der Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2007 im Finanzausgleich durch höhere Umlagezahlungen an das Land und den Kreis spürbar sein.

Leonhardt